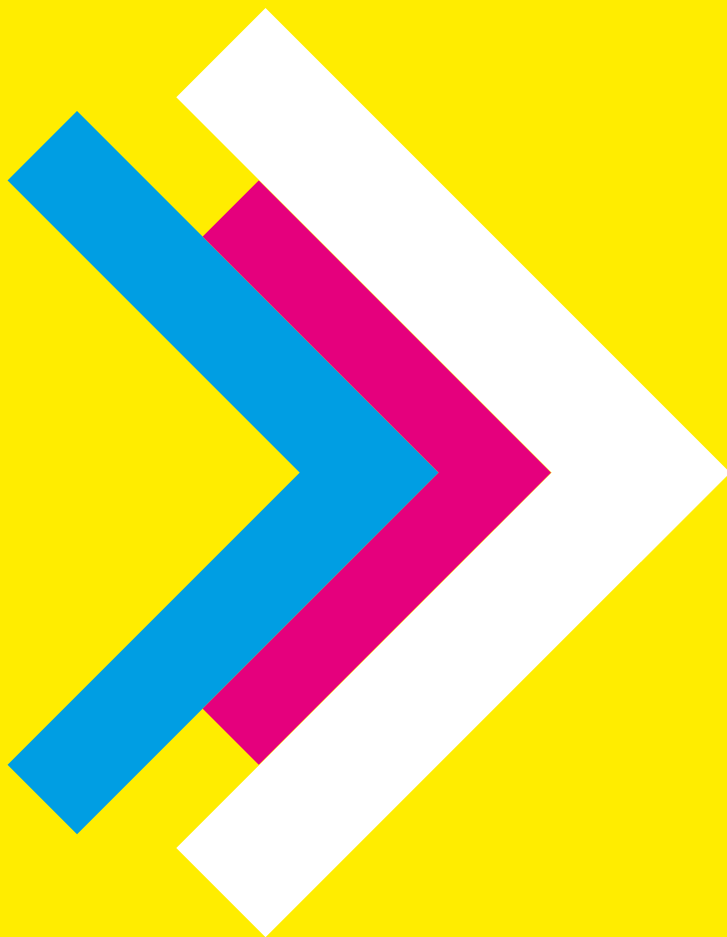


01/2021

fdplus



**Start-
schuss
2021**

Vor der Wahl

Spitzenkandidatin Dr. Lydia Hüskens über den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt.

Wahlkampf

Wie wir unsere Wahlkämpfer im Superwahljahr unterstützen.

Nach der Wahl

Erfolgreich in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen.



WAS LERNEN WIR AUS DER KRISE?

Wie digital kann und muss Bildung sein? Wie kann die Modernisierung von Staat und Wirtschaft gelingen? Wie sieht das Europa der Zukunft aus? Diskutieren Sie mit uns in den nächsten Wochen in Veranstaltungen und im Netz neue Ideen: freiheit.org/restart21



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

RE:START
21

Startschuss 2021



Sarah Bäumchen
Chefredakteurin und
Leiterin Kommunikation
und Kampagne

Mit den Landtags- und Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen ist das Superwahljahr 2021 mit Rückenwind für die Freien Demokraten gestartet. Klar ist: Unser Land steht vor weitreichenden Entscheidungen. Dabei geht es nicht nur um einen verantwortungsvollen Umgang mit der Pandemie, sondern auch um die Grundlagen unseres zukünftigen Wohlstands. Wir Freie Demokraten stehen dabei für eine Politik, die mutig und innovativ Zukunft gestaltet, anstatt sie lediglich zu verwalten. „Mehr Chancen durch mehr Freiheit“ lautet unser Angebot. Generalsekretär Dr. Volker Wissing und Bundesgeschäftsführer Michael Zimmermann erläutern in dieser Ausgabe, was das ganz konkret für die Strategie und Planung des Bundestagswahlkampfes bedeutet.

Unverzichtbar für den Erfolg im Wahljahr ist das Engagement unserer Mitglieder. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass der Januar 2021 mit über 1000 Neumitgliedern der erfolgreichste Monat für die FDP seit dem September 2017 war. „nextGeneration@FDP“ lautet die Kampagne, die in Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen entstand und maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen hat. Erfahren Sie auch dazu mehr in dieser Ausgabe.

Fest steht: Im Superwahljahr 2021 ist es für jede und jeden Einzelnen wichtiger denn je, aktiv zu werden und sich für unsere gemeinsamen Ideale stark zu machen. Seien Sie mit dabei!

Bleiben Sie gesund.

Ihre

05 Meldungen

06 Freiheit braucht eine Stimme! Wir geben sie ihr.

„Mehr Chancen durch mehr Freiheit“ lautet das Angebot der Freien Demokraten für das Superwahljahr 2021.

10 Neugründungen für Deutschland

12 nextGeneration@FDP

Unsere Mitgliederkampagne und die Wahlerfolge zeigen, warum die Freien Demokraten gerade auch für junge Leute attraktiv sind.

14 1000 neue Mitglieder, 1 ganz besonderer Anruf

15 Rückenwind aus Südwest

Am 14. März wurde in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen gewählt. Den Wahlabend haben wir online live begleitet.

16 Wahlkampf in Corona-Zeiten: Social Distancing und virtuelle Nähe

17 Der Impuls fürs Land

18 Das beste Kommunalwahl-Ergebnis in Hessen seit 53 Jahren

19 Wir setzen auf Freiheit und Verantwortung

Spitzenkandidatin Dr. Lydia Hüskens im Interview über den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt.

20 Ideen für die Gestaltung des neuen Jahrzehnts

22 Vielfalt weiter voranbringen: Unsere Toolbox

24 „Das Pandemiemanagement der Bundesregierung hat mich entsetzt.“

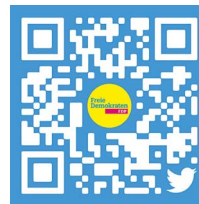
26 Machtclique – Wie unter einer kleinen Elite Russlands Menschenrechte auf der Strecke bleiben



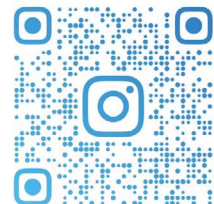
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp



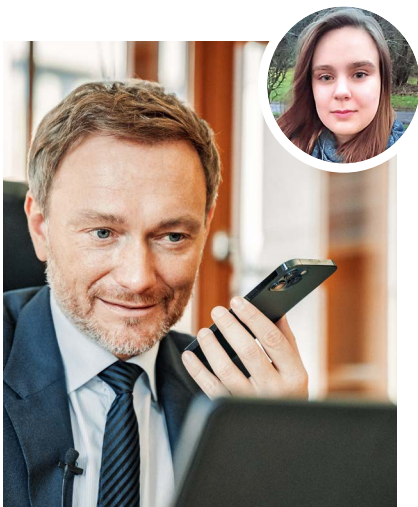
→ **Michael Link (links) und Otto Fricke.**

01 Bundesverdienstkreuz für Fricke und Link

Die FDP-Bundestagsabgeordneten Otto Fricke und Michael Link wurden mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. In einer kurzen Rede begründete Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble die Auszeichnung für Frickes ehrenamtliche Engagement mit den Worten: „Juristen kann der Deutsche Bundestag immer gebrauchen, so brillante wie Sie erst recht.“ Michael Link erhielt die Auszeichnung unter anderem für seinen Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in den Jahren 2014 bis 2017. In dieser Zeit war er erster deutscher Chef der OSZE-Menschenrechtsbehörde ODIHR.

02 München ehrt verstorbenen FDP-Vorsitzenden mit Guido-Westerwelle-Platz

Am 18. März hat sich der Todestag von Guido Westerwelle zum fünften Mal gejährt. Nun hat sich die Stadt München entschieden, eine Straße nach dem ehemaligen FDP-Vorsitzenden zu benennen. Der Kommunalausschuss hat sich einstimmig für einen Guido-Westerwelle-Platz ausgesprochen. Der neue Platz soll an die ebenfalls neue Helmut-Kohl-Allee grenzen. Die Freien Demokraten freut es sehr, dass die bayerische Landeshauptstadt den ehemaligen Außenminister und Vizekanzler mit dem „Guido-Westerwelle-Platz“ würdigt. Der Liberalismus bekommt damit einen festen Platz im Münchner Straßenbild. Bayerns FDP-Landeschef Daniel Föst twitterte: „Ich feier es!“



03 Über 1000 neue FDP-Mitglieder

Nach dem Neumitglieder-Rekord im März letzten Jahres, bei dem insgesamt 574 Menschen innerhalb weniger Stunden der FDP beigetreten sind, gab es im Januar einen neuen Rekordzuwachs. Mit über 1000 Neumitgliedern war der Januar der erfolgreichste Monat für die FDP seit dem September 2017. In den Sozialen Netzwerken schrieb der FDP-Chef: „Ich freue mich, dass so viele neue Köpfe unsere Überzeugungen teilen, sich für Freiheitsrechte stark machen und die Krise als Chance zur Gestaltung sehen.“ Als Reaktion auf den Zuwachs überraschte Lindner eines der neuen Mitglieder mit einem persönlichen Anruf und einer Einladung nach Berlin. Lesen Sie ein Interview mit der Gewinnerin auf [Seite 14](#).



Freiheit braucht eine Stimme! Wir geben sie ihr.

Unser Land braucht eine Politik, die nicht länger verwaltet, sondern Zukunft mutig und innovativ gestaltet. Unser Angebot heißt: Mehr Chancen durch mehr Freiheit.



Dr. Volker Wissing
FDP-Generalsekretär



Michael Zimmermann
FDP-Bundesgeschäftsführer

Innovative Unternehmen, fleißige, motivierte und hoch qualifizierte Fachkräfte und eine starke Gesellschaft, die sich durch ihren Zusammenhalt auszeichnet: In unserem Land schlummert ein enormes Potenzial. Wir wollen diese Stärken entfesseln und Lust auf die Zukunft machen. Die aktuelle politische Debatte dreht sich sehr stark um Corona. Das ist wichtig und richtig. Denn viele Menschen leiden unter der Pandemie, sorgen sich um ihre Gesundheit, um die Bildungschancen ihrer Kinder, ihre Arbeitsplätze und die Zukunft unseres Landes. Die Freien Demokraten greifen diese Sorgen auf. Wir setzen uns für mehr Impfungen und Tests ein, um die vorgenommenen Öffnungen abzusichern und weitere zu ermöglichen. Und wir werben für innovative und kluge Maßnahmen, die Gesundheitsschutz und Freiheitsrechte in Einklang bringen.

Gleichzeitig dürfen wir darüber nicht die Zukunft vergessen. Denn auch abseits der Pandemie stehen wir vor wichtigen Richtungsentscheidungen: Wie holen wir den Rückstand bei der Digitalisierung auf? Wie modernisieren wir unser Bildungssystem, sodass der Bildungserfolg nicht länger von der eigenen Herkunft abhängt? Mit welchen Konzepten wirken wir der Belastung unserer sozialen Sicherungssysteme durch den demografischen Wandel entgegen? Und wie sorgen wir nach der Krise für neues Wirtschaftswachstum, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern und große Transformationsprozesse wie die Energiewende finanzieren zu können? Die Liste der Herausforderungen ist lang. Es gibt viel zu tun. Wir Freie Demokraten wollen anpacken und die Zukunft Deutschlands und Europas durch mutige Politik aktiv gestalten. Wir wollen nicht nur über die besten Lösungen für die Herausforderungen in unserem Land diskutieren, dieses Jahr wollen wir Regierungsverantwortung übernehmen.

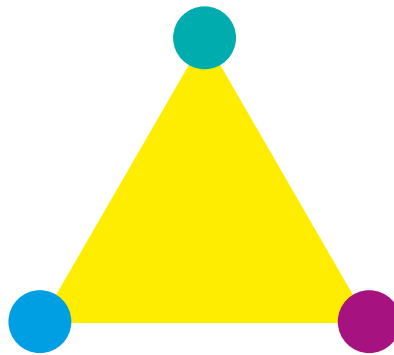
Nie war liberale Politik notwendiger als jetzt

Die Politik der Bundesregierung war in den vergangenen Jahren nicht ambitioniert genug. Selbst die EU-Kommission kritisierte zuletzt den enormen Reformstau, der unser Land lähmt. Während unsere politischen Wettbewerber auf der einen Seite lediglich den Status quo verwalten, werden auf der anderen Seite – mal wieder – die Rufe nach Steuererhöhungen laut. Nicht genug, dass teure

und schlecht gemachte Prestigeprojekte wie die Grundrente die ohnehin horrende Staatsverschuldung in die Höhe treiben. Die Befürworter einer solchen Politik vergessen bei ihren Forderungen die Tatsache, dass es vor allem die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land sind, die eine stärkere Belastung treffen würde. Gerade jetzt sollten wir das tunlichst vermeiden und auf Wachstum statt auf neue Steuern setzen. Wir Freie Demokraten bieten den Menschen in unserem Land aus der politischen Mitte heraus mutige Lösungen an. Dabei setzen wir auf das, was uns schon in der Vergangenheit erfolgreich gemacht hat: die Soziale Marktwirtschaft. Sie gibt der Gesellschaft die Dynamik und nötige Kraft, um die Transformationsprozesse der Zukunft zuversichtlich angehen zu können.

Probleme wie die verschleppte Digitalisierung haben sich über Jahre Stück für Stück verschärft. Die Corona-Pandemie zeigt ganz augenfällig, dass die Freien Demokraten gebraucht werden. Einer Bundesregierung, für die Grundrechte ein Privileg sind, setzen wir unser Engagement für Freiheit und Bürgerrechte entgegen. Dass die Große Koalition auch ein Jahr nach Beginn der Pandemie noch immer nicht zu einer stringenten Strategie gefunden hat, zeigt, wie groß ihre Versäumnisse sind: Der Bundeswirtschaftsminister hat sich mit seinen inzwischen neun unterschiedlichen Hilfsprogrammen in einem Bürokratiedschungel verheddert. Die Versorgung mit Masken und Schnelltests hakt. Und der Impfstoff, der bei uns entwickelt wurde, wird in den USA und in Israel verimpft – während die Menschen hierzulande wochenlang auf einen Impftermin warten. Gerade im Corona-Krisenmanagement könnten wir nicht nur besser sein, wir müssen besser sein. Es kann nicht sein, dass das Versagen der Bundesregierung bei der Impfstoff- und Testorganisation unser Land länger in den Lockdown zwingt als unbedingt erforderlich.

Als verantwortungsbewusste und konstruktive Opposition kritisieren wir die Fehler der Bundesregierung nicht nur, wir bieten auch Alternativen an. Viele unserer Vorschläge für einen verstärkten Schutz vulnerabler Gruppen oder eine flächendeckende Teststrategie wurden zuerst von der Bundesregierung verteufelt und später aufgegriffen und umgesetzt. Während der Lockdown für die Große Koalition weiterhin die einzige Antwort auf



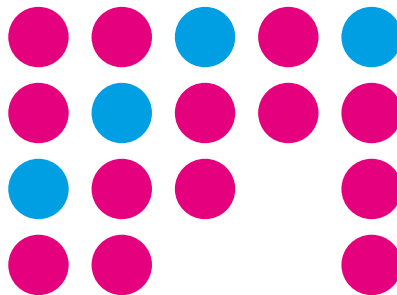
die Corona-Pandemie zu sein scheint, haben wir mit unserem Sieben-Stufen-Plan Voraussetzungen für mögliche Lockerungen der Corona-Regeln definiert und damit einen nachvollziehbaren Weg aus dem Lockdown skizziert.

Das alles zeigt: Liberale Politik war niemals notwendiger als jetzt. Die Zukunft dieses Landes muss mitgestaltet werden von einer politischen Kraft, die Herausforderungen seriös angeht und dabei auf Freiheit, auf Eigenverantwortung und die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft setzt.

Mut, Optimismus und Empathie: Unser Rezept für einen erfolgreichen Wahlkampf

An vielen Stellen geben wir bereits richtige Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Um bei der bevorstehenden Bundestagswahl erfolgreich zu sein, brauchen wir aber vor allem: Sie alle!

2017 haben wir Freie Demokraten gezeigt, was es heißt, leidenschaftlich für eine Sache einzustehen. In einem beispiellosen Kraftakt haben wir die Rückkehr in den Deutschen Bundestag organisiert. Wir haben selbstbewusst für unsere Werte gekämpft – als eine konstruktive Partei, die nicht nur kritisiert, sondern konkretisiert, wie sie das Land gestalten will. Mit Mut, Optimismus, Weltoffenheit und Empathie haben wir dieses Ziel erreicht. Das Momentum von 2017 wollen wir auch in diesem Bundestagswahljahr wieder freisetzen. Wir stehen für einen wehrhaften Liberalismus, der von uns allen gegen Angriffe von außen verteidigt wird. Wir stehen für mutige Lösungen und für Innovation. Dabei gilt: Trotz Wahlkampf ist es nicht unsere Aufgabe, andere zu bekämpfen, sondern unsere Werte selbstbewusst zu vertreten. Es ist nicht unsere Aufgabe, gegen etwas zu sein, sondern für unsere Idee der Freiheit. Wir kämpfen nicht für Koalitionen, sondern für die Inhalte der Freien Demokraten. Wir haben die Freiheit im Namen, wir haben die Freiheit im Programm. Und wir nehmen uns die Freiheit, einen eigenständigen und selbstbewussten Wahlkampf zu führen.



Freiheitskämpfer braucht das Land

Das zurückliegende Jahr war eine Herausforderung: ein hybrider Parteitag, digitale Programmarbeit und Gremiensitzungen. Und zuletzt haben wir in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bereits zwei Landtagswahlkämpfe in weiten Teilen digital bestritten. Vieles war und ist anders. Die Freien Demokraten haben sich dieser Herausforderung gestellt. Im letzten Jahr haben wir bewiesen, dass wir nicht nur über konstruktive Lösungen reden, sondern

dass wir sie auch selbst finden, um Parteiarbeit zu gestalten. Selbiges gilt für digitale Technologien: Wir haben die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt, um auch in Zeiten der Pandemie Austausch und Debatte zu ermöglichen. Im Rahmen von digitalen Formaten wie unserer Reihe „Mut@FDP“ genauso wie in zahlreichen Wahlkampfterminen, Bürgersprechstunden oder bei unserem Bundesparteitag im September.

Erst vor Kurzem haben wir bei unserer Konferenz zum Wahlkampfauftakt rund 400 interessierten Funktionsträgern einen Ausblick auf unsere Planungen für den Bundestagswahlkampf gegeben. Dieser Termin hat gezeigt, dass wir Freie Demokraten gut aufgestellt sind. Programmatisch wie organisatorisch. Mit tollen Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort, mit konstruktiven Lösungen für die Herausforderungen im Land und mit den Fähigkeiten, die es braucht, um Wahlkampf auch in solch besonderen Zeiten wie diesen erfolgreich zu gestalten. Der Termin hat auch gezeigt, dass trotz aller Veränderungen und Herausforderungen in diesem Jahr eine Erkenntnis bleibt: Wir brauchen Sie! Freiheit mag vielen als eine abstrakte Idee erscheinen, es liegt an uns, sie mit Leben zu erfüllen.

Freiheit ist kein Nischenprodukt für eine bestimmte Klientel. Freiheit ist ein Angebot an alle, eine Idee, die nach wie vor begeistert und es wert ist, dass wir mit aller Kraft für sie kämpfen. Auf einen erfolgreichen Wahlkampf! ■

Wahlkampf-Workshops für Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer

Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben gezeigt: Wahlkampf im Jahr 2021 ist anders, aber möglich. Um die Wahlkämpfenden bestmöglich vorzubereiten, hat die Bundesgeschäftsstelle ein breites Schulungsangebot erarbeitet.

Das Superwahljahr ist nun auch ganz offiziell in vollem Gange. Die Ergebnisse der Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg verdeutlichen, dass den Menschen in unserem Land eine liberale Stimme in der Politik wichtig ist. Der Markenkern der Freien Demokraten – die Freiheit – ist wichtiger denn je. Die Landtagswahlen im Südwesten der Republik haben auch die Frage nach einem wirkungsvollen Wahlkampf in Corona-Zeiten aufgeworfen: eingeschränkte Möglichkeiten für Termine vor Ort und mehr digitale Formate. Wahlkampf im Jahr 2021 ist anders, aber möglich.

Digitaler Wahlkampf, Pressearbeit, Organisation: Bundesgeschäftsstelle startet umfassendes Schulungsangebot

Auch die Bundestagswahl wird unter dem Einfluss der Pandemie stehen. Um die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer bestmöglich darauf vorzubereiten, hat die Bundesgeschäftsstelle ein in dieser Breite noch nie dagewesenes Workshop-Angebot erarbeitet. Im Fokus dabei: das starke inhaltliche Angebot der Freien Demokraten und wichtige Impulse für die operative Wahlkampfplanung. Die „Wahlkampf-Workshops“ starten ab dem 20. März und werden sich vorrangig mit der Frage beschäftigen, wie ein erfolgreicher Wahlkampf auch in diesen besonderen Zeiten gelingt.

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger, Wahlkampforganisatoren und Parteimitglieder, die sich im Wahlkampf engagieren wollen, haben dann die Möglichkeit, zunächst an sogenannten Basis-Modulen teilzunehmen. Diese finden entweder ganztägig an einem Samstag oder im Rahmen von Abendterminen unter der Woche statt. Sie werden Aspekte wie Wahlkampfformate, die Organisation von ehrenamtlichen Teams und digitale Kampagnenführung thematisieren. Die Basis-Module werden im II. Quartal durch Aufbau-Module ergänzt. Dabei können die Wahlkämpfenden zum einen bereits gelernte Inhalte – etwa zur Online-Kommunikation – vertiefen.

Zum anderen können sie ihr Wissen um weitere Aspekte erweitern. Inhalte zu professioneller Pressearbeit sind ebenso Teil des Schulungsangebots wie konkrete Tipps für wirkungsvolle Auftritte bei Podiumsdiskussionen.

Flexibilität und Sichtbarkeit: Kampagnenführung im Bundestagswahlkampf

Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens und wenige Termine vor Ort: Die aktuelle Situation stellt vor allem die Frage nach der Sichtbarkeit der eigenen Botschaften in den Vordergrund. Aus diesem Grund werden die Freien Demokraten in diesem Jahr noch stärker auf Großflächenplakate und digitale Formate setzen, um die Menschen im Land zu erreichen. Darüber hinaus – auch das haben Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vorgemacht – ist der Einsatz von Transportern und mobilen Bühnen ein wirkungsvoller Weg, um trotz aller Einschränkungen in den Kreisverbänden präsent zu sein.

Ein weiterer Erfolgsgarant: schnelle und flexible Reaktionen auf besondere Herausforderungen. Mit dem „Studio Schmitt“ haben die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz eine Antwort darauf gegeben, dass Wahlkampf-Veranstaltungen nur sehr eingeschränkt möglich waren. Gleiches gilt für den Bundesparteitag im vergangenen September, zu dem lediglich die Delegierten Zugang hatten. Mithilfe einer Augmented-Reality-Anwendung bekamen im Nachgang aber auch alle anderen Parteimitglieder die Möglichkeit, den frisch gewählten Generalsekretär Volker Wissing zu treffen – digital im eigenen Wohnzimmer.

Die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, aber auch der Bundestrend zeigen: Die Menschen wünschen sich eine starke liberale Stimme im Land. Eine breite Beteiligung der Freien Demokraten in der Fläche ist dafür unabdingbar. Neben der intelligenten Kampagnenplanung bietet die Partei mit den Wahlkampf-Workshops dafür die besten Voraussetzungen. ■

Neugründungen für Deutschland



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender und
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Bundestag

Zu Beginn des Jahres, bei unserem jährlichen Dreikönigstreffen, standen wir Freie Demokraten vor den leeren Rängen des Opernhauses in Stuttgart. Es lag eine gespenstische Atmosphäre über diesem traditionsreichen Haus. Ein bedrückendes Erlebnis, das sinnbildlich auch für die gefährlichen, entbehrungsreichen und manchmal scheinbar hoffnungslosen Monate stand, die hinter uns gelegen hatten. Es war aber auch Anlass, weiter beharrlich für eine verantwortbare Öffnungsperspektive für die Kultur, das Bildungssystem und die Wirtschaft in unserem Land zu streiten. Ich forderte damals die Bundesregierung auf, endlich eine langfristige und verlässliche Krisenstrategie zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu entwerfen, statt immer nur „auf Sicht zu fahren“, wie es das Kanzleramt tat und – man muss leider sagen – bis heute tut.

Wir haben das Krisenmanagement der Regierung im Januar kritisiert. Gleichzeitig haben wir als FDP aber immer konstruktive Gegenvorschläge zu den bestehenden Regierungsplänen gemacht, so wie wir es uns zu Beginn der Pandemie vorgenommen hatten.

Leider muss ich heute feststellen, dass die Regierung seitdem zwar einige unserer Vorschläge endlich aufgegriffen hat, insgesamt aber ein Pandemiemanagement

verfolgt, das die gesundheitliche und wirtschaftliche Krise in unserem Land unnötig verschärft. Die gesundheitlich besonders verletzlichen Gruppen werden zu wenig geschützt, Selbstständige und Unternehmen wirtschaftlich im Regen stehen gelassen.

Wir relativieren die Gefährlichkeit des Virus und seiner Mutationen nicht. Doch wir wissen inzwischen mehr über das Virus als vor einem Jahr. Dieses Wissen muss einfließen in eine verantwortungsvolle Öffnungsstrategie: Für Hotspots müssen hierbei andere Regeln gelten als in Gebieten mit wenig Infektionsgeschehen. Der verstärkte Einsatz von Schnell- und Selbsttests, schnellere Impfangebote, gute Masken und konsequente Hygienekonzepte machen Öffnungen in vielen Bereichen verantwortbar. Ein effektiver Schutz von Risikogruppen ist von zentraler Bedeutung, beispielsweise durch beschleunigte Impfungen und eine systematische Teststrategie. Nicht zuletzt brauchen wir eine effektivere Corona-Warn-App, innovative Lösungen wie Luftfilter in Schulen sowie technisch und personell gestärkte Gesundheitsämter.

Was wir zu Beginn des Jahres mit Blick auf die Pandemie forderten, gilt bis heute. Doch wir müssen auch den Blick richten auf die Zeit nach der Pandemie. In Deutschland muss ein Jahrzehnt der Neugründungen beginnen.



ES GEHT UNS ALLE AN. #3K21

Diese Krise hat eines gezeigt: Ein modernes Land mit unbürokratischen, digitalisierten Strukturen, starken Unternehmen und einem fortschrittlichen Bildungssystem ist auch deshalb essenziell, weil es nur so Resilienz auch in Krisenzeiten geben kann.

Das neue Jahrzehnt hat begonnen. Wir wollen unser Land nicht nur sicher durch die Corona-Pandemie bringen. Unser Anspruch ist, dass Deutschland aus der Krise gestärkt hervorgeht. Wir haben den Mut, das Land grundlegend zu erneuern:

- Unser Bildungssystem zur Weltspitze machen – für Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft
- Deutschland als Gründernation – für mehr Erfolgsgeschichten nach dem Vorbild von Biontech
- Offenheit für neue Technologien – beste Bedingungen für Forschung und Innovation
- Deutschland als weltoffenes und attraktives Einwanderungsland – für Talente aus der ganzen Welt
- Eine Wachstumspolitik – für Wohlstand und neue Arbeitsplätze durch weniger Bürokratie
- Stabile Finanzen statt übermäßiger Verschuldung – mit Wirtschaftswachstum aus den Schulden herauswachsen
- Eine Entlastungsinitiative – statt zusätzlicher Belastungen und höherer Steuern
- Eine Digitaloffensive für Deutschland – mit einem Digitalministerium und einer modernen öffentlichen Verwaltung
- Einen effektiven Klimaschutz – mit Erfindergeist und neuen Technologien die CO₂-Ziele erreichen
- Mehr Frauen in Führungsverantwortung in Wirtschaft und Wissenschaft – durch mehr Chancengerechtigkeit
- Ein zukunftsfestes Sozialsystem – für eine moderne Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung in der alternden Gesellschaft ■

next GENERATION @fdp

Um die Mitgliedschaft bei den Freien Demokraten auch für junge Menschen noch attraktiver zu machen, haben wir Anfang des Jahres die Mitgliederkampagne „nextGeneration@FDP“ ins Leben gerufen. JuLi-Chef Jens Teurine erzählt anhand seiner persönlichen Geschichte, wie die FDP der Zukunft eine Stimme gibt.



Jens Teurine
Bundesvorsitzender
der Jungen Liberalen

2009 war ich selbst noch Schüler in der 9. Klasse, hatte eine Justin-Bieber-Frisur und war mit 15 Jahren noch lange nicht wahlberechtigt. Die damalige Bundestagswahl hat mich dennoch interessiert und zu meinem ersten Diskussionsabend mit Freien Demokraten gebracht. Am Ende der Veranstaltung war ich endgültig davon überzeugt, dass ich Mitglied der Freien Demokraten werden wollte. Bei meinen kritischen Nachfragen rollte man nicht mit den Augen, sondern nahm sich die Zeit für eine ausführliche Antwort. Meine Argumente wurden nicht belächelt, sondern man ging aktiv auf meine Sichtweise ein. Mein junges Alter oder die Tatsache, dass ich noch zur Schule ging, hielt man mir nicht vor, sondern man nahm mich und meine Lebensrealität ernst. Aktiv bestärkten mich die allesamt älteren Parteimitglieder in meinem Vorsatz, mich politisch zu engagieren. Diese Offenheit gegenüber jungen Menschen überzeugte mich schlussendlich, Mitglied der FDP werden zu wollen.

Über 10 Jahre später beim letzten FDP-Bundesparteitag, brachte ich als neuer Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen unsere Antragsinitiative für das Wahlalter ab 16 Jahren ein. Die Delegierten stimmten dem Antrag mit großer Mehrheit zu. Damit sendete der Bundesparteitag genau das Signal aus, welches mich damals von einer Parteimitgliedschaft überzeugt hatte: Wir Freie Demokraten nehmen junge Menschen ernst, trauen ihnen etwas zu und rufen zu politischer Partizipation auf. Unsere

Konzepte für die beste Bildung der Welt, für eine Innovationskraft mit echter Digitalisierung und für nachhaltige Generationengerechtigkeit zeigen unseren Einsatz für die Zukunft der jungen Generation.

Aus diesem Geist entstand die Kampagne „nextGeneration@FDP“, mit der die FDP bei jungen Menschen zwischen 16 und 18 Jahren um ihre Mitgliedschaft wirbt. Dabei spielen die Herkunft und der Geldbeutel der Eltern keine Rolle. Mit einem symbolischen Mitgliedsbeitrag von 1,- Euro pro Monat im ersten Jahr werden finanzielle Hürden möglichst gering gehalten. Darüber hinaus wird jedes Neumitglied durch eine Patin oder einen Paten der Jungen Liberalen betreut, um den Einstieg in die aktive Parteiarbeit zu vereinfachen.

Wer in einer sich stets verändernden Welt stehen bleibt, fällt zurück. Als die Fortschrittspartei in der Parteienlandschaft ist es unser Anspruch, politischen Stillstand aufzubrechen. Um aber selbst als Partei nicht auf der Stelle zu verharren, braucht es immer wieder neue Impulse. Insbesondere Neumitglieder bringen frische Ideen ein, hinterfragen Althergebrachtes und beleben die Partei. Sie sind ein guter Indikator für die Attraktivität einer Partei. Der Januar war – auch aufgrund der Kampagne #nextGeneration – mit über 1000 Neumitgliedern der erfolgreichste Monat für die FDP seit September 2017. Ein gutes Zeichen für die anstehende Bundestagswahl und die Zukunft der Partei. ■

#FreieDemokratenweil

Warum entscheiden sich junge Menschen für eine Mitgliedschaft bei den Freien Demokraten? Vier Mitglieder erzählen von ihrer Motivation. Die kompletten Statements können Sie sich auf fdp.de/YTnextGeneration anschauen.



„... ich mich für eine Politik einsetze, die nicht bevormundet und lenkt, sondern Flügel hebt.“

Laura Schieritz, Forst



„... ich an die Vision eines vernetzten Deutschlands glaube. In dem wir darin bestärkt werden, innovativ, nachhaltig und selbstbewusst zu denken.“

Lea-Charlotte Kus, Oranienbaum-Wörlitz



„... Freiheit nicht an der deutschen Staatsgrenze endet. Denn alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Freiheit und Würde.“

Nemir Ali, Osnabrück



„... die FDP für meine Chance kämpft, mein Leben so zu leben, wie ich es gerne möchte. Dabei ist es egal, woher man kommt. Hauptsache, man engagiert sich.“

Lina Wolters, Selm

1000 neue Mitglieder, 1 ganz besonderer Anruf

Im Januar haben sich über 1000 Personen entschieden, Mitglied bei den Freien Demokraten zu werden. Eine davon ist Amira Stark, die sich gerade auf eine Klausur vorbereitet, als sie von einer unbekanntem Nummer angerufen wird. Der Anrufer ist Christian Lindner.

fdplus: Frau Stark, herzlich willkommen bei den Freien Demokraten! Sie sind seit Januar Mitglied und wurden im Zuge der Kampagne „nextGeneration@FDP“ von unserem Bundesvorsitzenden Christian Lindner angerufen. Was ging Ihnen in dem Moment durch den Kopf?

Amira Stark: Ich hatte in dieser Woche diverse Probe-Prüfungen und habe mich auf die Hauptprüfung vorbereitet. Und aus dem Nichts ruft eine unbekanntem Nummer an. Und dann ist man natürlich sehr überrascht, und versucht, sich das Ganze zusammenzupuzzeln. Und es stellte sich heraus, dass es der Herr Lindner war. Ich hab mich sehr darüber gefreut, weil es einfach eine großartige Aktion war, um Neumitglieder zu begrüßen.

Sie sind bereits Mitglied bei den JuLis. Warum haben Sie sich entschlossen, zusätzlich bei den Freien Demokraten mitzumachen?

Ich persönlich wollte das volle liberale Paket für mich, da mir die Arbeit und das Engagement in den letzten Wochen und Monaten sehr viel Freude und Abwechslung ge-

bracht hatten. Man muss sich halt vor Augen führen, dass die FDP die Partei ist, die Landtags- und Bundestagsabgeordnete stellt und zudem öffentlich medienwirksam vertreten ist. Und in diesem Sinne politische Entscheidungsmacht hat, was sie auch gerade für uns junge Menschen attraktiv macht. Deswegen freue ich mich auch sehr, einen Einblick in die Parteistrukturen zu gewinnen.

Was unterscheidet die FDP aus Ihrer Sicht von anderen Parteien?

Mein Leben korrespondiert mit dem Leitbild: „Vorankommen durch eigene Leistung“, „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“ und „Weltbeste Bildung“. Bildung und Leistungsbereitschaft sind wesentliche Grundlage für mein persönliches Leben. Ich komme leider aus keinen finanziell sehr privilegierten Verhältnissen und ich hatte das große Glück, eine Mutter zu haben, die uner-



Amira Stark
Ortsverband Tübingen

müdig gearbeitet hat und mich auch in allem unterstützt hat. Und dadurch und durch meine Bereitschaft zur Leistung habe ich es geschafft, mit jungen 16 Jahren mein Abitur zu machen und mit 17 Jahren ins Lehramtsstudium zu gehen. Dass Bildung kein zweitrangiges Thema ist, zeigen die Politiker der Partei immer wieder. Beispielsweise bei der Idee des elternunabhängigen BAföGs. Ich persönlich habe drei bis vier Monate auf meinen BAföG-Bescheid gewartet. ■

Den kompletten Überraschungsanruf können Sie sich unter fdp.de/1000Mitglieder als Video anschauen.

FDP OnAir!

Rückenwind aus Südwest



Johannes Mellein
Pressereferent der FDP

Um auch in Zeiten von Corona einen gemeinsamen Wahlabend zu ermöglichen, hatte die Bundespartei die digitale Wahlparty „FDP OnAir!“ organisiert. Zur Begrüßung dankte der Bundesvorsitzende Christian Lindner den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für ihr Engagement. Von den Menschen werde die FDP mehr denn je als „verantwortungsbereite Partei“ erkannt. Was das konkret bedeutet, erklärten die zugeschalteten Spitzenkandidatinnen und -kandidaten aus den Ländern. Daniela Schmitt betonte, dass die FDP in Rheinland-Pfalz als Teil der Ampelregierung „wichtige Impulse in der Wirtschaftspolitik gesetzt“ und „das Land digitaler gemacht“ habe. Spitzenkandidat Dr. Hans-Ulrich Rülke sprach von einem „schwierigen Wahlkampf mit rein digitalen Formaten“ in Baden-Württemberg, zeigte sich aber zuversichtlich: „Wir setzen auch auf Klimaschutz, aber wir wollen den Klimaschutz mit den ökonomischen Bedürfnissen des Landes verbinden.“ Aus dem Kommunalwahlland Hessen meldete sich Präsidiumsmitglied Bettina Stark-Watzinger zu Wort. Sie betonte die Bedeutung der Kommunalwahlen: „Kommunen sind der Ort der Wahrheit, hier beginnt die frühkindliche Bildung, hier gehen wir zum Arzt.“ Zuletzt lud diskutierte FDP-Bundesgeschäftsführer Michael Zimmermann und Konrad Göke, Chefredakteur der Zeitschrift „politik & kommunikation“ über das Thema „Wahlen im digitalen Zeitalter“.

Kurz nach 18 Uhr wurde hinter den Masken gejubelt: In Baden-Württemberg feierte das Team um Dr. Hans-Ulrich Rülke einen historischen Wahlsieg mit einem am Ende deutlich zweistelligen Ergebnis.

Mit 10,5 % erhielten die Freien Demokraten in Baden-Württemberg ein derart starkes Wahlergebnis, dass sogar eine Regierungsbeteiligung möglich werden könnte. Auch in Rheinland-Pfalz wurde die Arbeit der Freien



Demokraten mit einem guten Ergebnis bestätigt. Mit 5,5 % gelang es dem Team um Daniela Schmitt, die FDP erneut in den Landtag einzuziehen zu lassen, sodass der Fortführung der Ampelkoalition nichts im Wege stehen sollte. Damit ist zum ersten Mal in einem Flächenland eine Ampel-Regierung bestätigt worden.

Als Christian Lindner zum Statement der Freien Demokraten zu den Landtagswahlen vor die Kameras trat, waren Stolz und Freude spürbar: „Die FDP hat an diesem 14. März zu Beginn des Wahljahres an politischem Gewicht gewonnen. Wir sehen in den Wahlergebnissen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine Bestätigung des eigenständigen Kurses der FDP insgesamt.“ Die FDP sei bereit und in der Lage, im Bund und in den Ländern Verantwortung zu übernehmen und gehen gestärkt in das Superwahljahr. „Während andere immer stärker den Staat nutzen wollen, um Wirtschaft und Gesellschaft zu lenken, vertrauen wir auf die Eigenverantwortung der Menschen.“ ■

Wahlkampf in Corona-Zeiten: Social Distancing und virtuelle Nähe



Daniela Schmitt
Fraktionsvorsitzende
FDP Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzischen Freien Demokraten standen vor der Herausforderung, einen Wahlkampf zu führen, als die Corona-Auflagen dies nur begrenzt zu ließen. Die klassischen politischen Formate wie Groß- und Diskussionsveranstaltungen konnten nur eingeschränkt oder gar nicht durchgeführt werden. Es galt daher, andere Wege zu finden, um den Bürgerinnen und Bürgern die eigenen Positionen und Personen näherzubringen und ein Format zu finden, welches unseren Stärken besonders entgegenkam.

Da Vor-Ort-Veranstaltungen in den Wahlkreisen kaum beziehungsweise nur im kleinen Rahmen möglich waren und damit auch unseren Wahlkämpferinnen und -kämpfern ein wesentliches Element ihres Wahlkampfes fehlte, lag der Gedanke nahe, diese Veranstaltungen virtuell durchzuführen. So luden wir die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten in das eigens geschaffene „Studio Schmitt“ ein. Dort hatten die Kandidatinnen und Kandidaten die Möglichkeit, ihren Wahlkreis so-

wie ihre politischen Schwerpunkte zu präsentieren.

Das „Studio Schmitt“ war aber weit mehr als der Ort eines parteipolitischen Talks, es war gleichzeitig die zentrale Wahlkampfplattform.

Jeder Wahlkampftermin, der nicht in Präsenz stattfinden konnte, wurde von dort als virtuelle Veranstaltung angeboten. Als Spitzenkandidatin führte ich Gespräche mit Wahlkreiskandidierenden und nahm an digitalen Podiumsdiskussionen teil. Aus dem „Studio Schmitt“ wurde die Auftaktveranstaltung gestreamt: verschiedene Pressekonferenzen, der politische Aschermittwoch und letztendlich sogar die Endspurtveranstaltung.

Ein wichtiger Baustein war auch die Website www.studioschmitt.de. Hier gab es die Möglichkeit, die Sendungen live zu verfolgen, aber auch im Nachgang anzuschauen. Dieses Angebot wurde von vielen Menschen wahrgenommen.

Begleitet wurden die Studio-Schmitt-Veranstaltungen durch unser Social-Media-Team, das Bild- und



→ **Dr. Volker Wissing tauscht sich bei einem „Ideen-Riesling“ mit Daniela Schmitt im Studio Schmitt aus.**

Videomaterial generierte, welches zusätzlich als Content für die Social-Media-Kanäle verwendet wurde.

Die Entscheidung, auf ein eigenes digitales Wahlkampf-Studio zu setzen, war retrospektiv betrachtet richtig. Aber auch beim virtuellen Wahlkampf kommt es auf zwei entscheidende Faktoren an: die richtigen Personen und überzeugende Positionen. Mit unseren Kandidierenden und unserem Wahlprogramm waren wir in beiden Bereichen gut aufgestellt. ■

Der Impuls fürs Land

Die FDP Baden-Württemberg freut sich nach engagiertem Wahlkampf über ein zweistelliges Wahlergebnis.



Julian Schröder
Pressesprecher FDP
Baden-Württemberg

Keine Großveranstaltungen in vollen Veranstaltungssälen, Wahlkampfstände nur mit Maske und Abstand, fast ausschließlich digitale Diskussionsrunden – wenn auch vieles anders war in diesem vom Corona-Lockdown geprägten Landtagswahlkampf 2021, blieb doch eines gleich: Die FDP Baden-Württemberg konnte sich auch in diesem Jahr wieder auf das unermüdliche Engagement ihrer zahlreichen ehrenamtlichen Wahlkampfhelfende im ganzen Land verlassen.

Mit einer modernen und optimistischen Kampagne, die in der grauen Jahreszeit auch auf den nötigen Eyecatcher-Effekt nicht verzichtet hat, einem Fokus auf die für die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs zentralen Schwerpunktthemen Wirtschaftsstandort, Mobilität, Digitalisierung und Bildungspolitik sowie 70 Kandidatinnen und Kandidaten, die in ihren Wahlkreisen mit ganzem Einsatz für die Positionen und Inhalte der Freien Demokraten geworben haben, ist es nicht nur gelungen, einen starken Wahlkampf abzuliefern und viele Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, sondern kurz vor der Landtagswahl auch die 8000-Mitglieder-Marke zu überschreiten.

Durch die Einschränkungen des Corona-Lockdowns haben digitale Formate in diesem Landtagswahlkampf stark an Bedeutung gewonnen. Neben interaktiven Diskussionsrunden in Zoom-Meetings und digitalen Pressekonferenzen setzte der Landesverband dabei auch auf zwei neue Veranstaltungsformate, die jedes Mal live auf Facebook und Youtube übertragen wurden: den „Impulstalk“ und „Aufschlag Rülke“.

Während Spitzenkandidat Dr. Hans-Ulrich Rülke zum „Impulstalk“ jeweils einen Gast empfing, um mit diesem über ein bestimmtes landespolitisch relevantes Thema zu sprechen, reiste er für den „Aufschlag Rülke“ gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Michael Theurer und Generalsekretärin Judith Skudelný durch die Bezirksverbände der FDP Baden-Württemberg und sprach mit örtlichen Kandidierenden und externen Gästen über die Inhalte und Forderungen der FDP sowie über regionale Schwerpunktthemen. Auch Christian Lindner war regelmäßig bei den „Aufschlag“-Veranstaltungen dabei.

Auch der klassische „analoge“ Wahlkampf hat weiterhin eine große Rolle gespielt: Insgesamt 832 Großflächenplakate wurden in Ba-



→ **Dr. Hans-Ulrich Rülke präsentiert die Kampagne.**

den-Württemberg aufgestellt, eine deutliche Steigerung gegenüber der Landtagswahl 2016.

Neben dem zweistelligen Wahlergebnis von 10,5 Prozent und einem Anwachsen der liberalen Landtagsfraktion von 12 auf künftig 18 Abgeordnete freut sich der Landesverband insbesondere auch über den starken Zuspruch von Erstwählerinnen und -wähler für die Freien Demokraten. Mit einem Stimmenanteil von 16 Prozent und einem Zuwachs von 8 Prozent gegenüber der letzten Landtagswahl landete die FDP hier wie auch in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen auf dem zweiten Platz! ■

Das beste Kommunalwahl-Ergebnis in Hessen seit 53 Jahren

Bei den Kommunalwahlen am 14. März haben die hessischen Freien Demokraten ihr bestes Ergebnis seit 1968 errungen. Besonders erfreulich: Beim Blick auf die politische Landkarte der stärksten Kräfte zeigen sich Highlights in Gelb.



Stefanie Heil
Pressesprecherin
FDP Hessen

In Krisenzeiten besinnen sich die Menschen auf das, was wirklich zählt: Bei der Kommunalwahl in Hessen am 14. März haben die Wählerinnen und Wähler der FDP ein hervorragendes Ergebnis beschert. Das einige Tage nach der Wahl verkündete vorläufige Ergebnis verspricht mit landesweit 6,7 Prozent gar das beste Kommunalwahl-Ergebnis in Hessen seit 1968, also seit mehr als 50 Jahren. „Das ist eine hervorragende Bestätigung unserer Politik und zeigt, dass liberale Politik auch auf kommunaler Ebene Zukunft hat“, kommentiert Moritz Promny, Generalsekretär der Freien Demokraten in Hessen.

„Was wirklich zählt“ – unter dieses Motto hatten die Freien Demokraten ihre Kommunalwahlkampagne gestellt und Themen wie Bildung, Digitalisierung, Wirtschaft und Infrastruktur in den Mittelpunkt gerückt. „Das alles sind Felder, auf denen die Corona-Krise Schwächen und Probleme offengelegt oder verursacht hat, und das haben die Menschen buchstäblich vor ihren Haustüren bemerkt. Sei es, weil ihr Lieblingsrestaurant aufgrund des Lockdowns ums Überleben kämpft oder weil der digitale Unterricht der Kinder am nicht vorhandenen WLAN scheitert“, erklärt Generalsekretär Promny. Er ist überzeugt: „Das Benennen des Wesentlichen, die konstruktiv-kritische Corona-Politik der FDP von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene hat zum guten Ergebnis der Freien Demokraten beigetragen. Die Menschen wissen, dass es eine solide Wirtschaftspolitik braucht, um die in ihren Kommunen ansässigen Unternehmen nicht nur in der Krise zu stützen, sondern auch zu stärken. Der Mittelständler im Ort kann schließlich der Arbeitgeber der Wählerin oder des Wählers sein.“



Foto: Christian Schwier – stock.adobe.com

Darüber hinaus hat die hessische Kommunalwahl bewiesen, dass gute Arbeit und engagierte Aktive in den Landkreisen, Städten und Gemeinden vielfach belohnt werden. Da ist zum Beispiel die Stadt Bruchköbel, in der die Liberale Sylvia Braun 2019 zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Nun haben die Freien Demokraten in Bruchköbel auch im Stadtparlament deutlich zugelegt und wären um ein Haar sogar stärkste Kraft geworden: Mit 23,9 Prozent lagen sie laut vorläufigem Ergebnis nur einen Prozentpunkt hinter der CDU. Da ist die Stadt Steinbach im Taunus, wo sich die Freien Demokraten nach 2016 mit einem vorläufigen Ergebnis von 29,8 Prozent erneut als stärkste Kraft im Stadtparlament gut behaupten konnten. Und da ist das nordhessische Rosenthal, wo die Freien Demokraten laut vorläufigem Ergebnis mit stolzen 37,9 Prozent als Sieger vom Platz gingen. ■

Wir setzen auf Freiheit und Verantwortung

Am 6. Juni sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Spitzenkandidatin Dr. Lydia Hüskens startet in den Wahlkampf.



Dr. Lydia Hüskens
Spitzenkandidatin
Sachsen-Anhalt

fdplus: Was nehmen Sie aus den Wahlkämpfen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen für den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt mit?

Lydia Hüskens: Dass wir mit unserer Botschaft, auf die Freiheit und Verantwortung der Menschen zu setzen, einen Nerv der Menschen treffen. Die großen Volksparteien haben in den vergangenen Monaten den Menschen versprochen, die Regierungen würden die Probleme der Pandemie schon lösen. Genau das schaffen die Regierungen aber nicht, vor allem, weil sie die staat-

lichen Aufgaben wie die Nachverfolgung von Infizierten, das Testen und Impfen schlecht umsetzen. Stattdessen gibt es in vielen Ländern im Wochenrhythmus neue Verbote, deren Sinn sich oftmals nicht oder nur schwer erschließt.

In der letzten Ausgabe der fdplus sprachen Sie den Rückzug von z. B. öffentlichen Angeboten oder Geschäften an. Wie möchten Sie diesem Problem begegnen, auch um den ländlichen Raum zu stärken?

Grundvoraussetzung ist nach unserer Überzeugung eine gute verkehrliche Infrastruktur. Sachsen-Anhalt hat noch immer den größten autobahnfreien Raum Deutschlands, aber auch beim ÖPNV viel „Luft nach oben“. Hinzu kommt die Dateninfrastruktur, die Anforderungen an ein modernes Arbeitsleben erfüllen muss und eine öffentliche Verwaltung, deren Leistungen immer auch digital abgerufen werden können. Polizei, Brandschutz, Rettungsdienst müssen so organisiert werden, dass sie verlässlich innerhalb der Hilfsfristen vor Ort sein können – überall im Land. Auf die-

ses Grundgerüst aufbauend können private und staatliche Initiativen spezifische Angebote für den ländlichen Raum entwickeln.

Wie können Menschen, die die FDP im Wahlkampf unterstützen wollen, sich einbringen?

Wir freuen uns natürlich über alle Liberalen, die uns im Wahlkampf unterstützen. Vor allem bei den ganz praktischen Dingen wie dem Plakatieren und dem Verteilen von Flyern mit den Kreisverbänden. Wir freuen uns auch über Unterstützung bei der Arbeit in den sozialen Medien. Ein konkretes Datum ist der 25. April, an dem wir einen – dezentralen und corona-konformen – Aktionstag durchführen und sechs Wochen vor der Wahl in allen Orten des Landes als FDP präsent sein wollen. Ansprechpartner ist dabei und für alle weiteren Unterstützungsangebote unsere Landesgeschäftsstelle.

Was macht Ihnen im Wahlkampf am meisten Spaß?

Mit vielen Menschen zu sprechen über ihre Ziele im Leben, ihre Wünsche an die Gesellschaft und ihr Engagement, mit dem sie Sachsen-Anhalt voranbringen wollen. Leider können das die digitalen Formate nur teilweise ersetzen. ■

Ideen für die Gestaltung des neuen Jahrzehnts

Wir Freie Demokraten suchen neue und innovative Ideen zur digitalen Beteiligung. Dafür haben wir „FDP fragt“ entwickelt. Das Online-Tool gibt allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre eigenen Ideen in unser Wahlprogramm einzubringen.



Dr. Fabian Disselbeck
Bereichsleiter
Programm und Analyse

Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft gestalten. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, das innovativste Wahlprogramm aller Parteien zu entwickeln. Dazu haben wir uns schon früh auf den Weg gemacht und erarbeiten unser Programm gemeinsam mit unseren Mitgliedern. Denn ihre Ideen und ihr Erfahrungsschatz sind unsere größte Stärke. Bereits im Mai 2020 haben wir unser Leitbild aktualisiert und im August auf dem digitalen Programmkonvent „Zukunft braucht Verbündete“ den Startschuss zur Arbeit am Wahlprogramm gegeben. Im November haben wir „FDP fragt“ vorgestellt, ein digitales Umfrage-Tool, das nun allen Interessierten die Möglichkeit bietet, uns ihre konkreten Wünsche zu schildern. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich die Ideen auf die eigene Lebenssituation beziehen oder ob man sich für andere Personen bzw. Personengruppen stark macht.

Seit dem Startschuss haben sich bereits über 1.200 Menschen beteiligt. Und ihre Impulse sind vielfältig: Von Alterssicherung und Wohnen über Außenpolitik und Klima bis hin zu Sicherheit und Steuern sind viele Vorschläge eingegangen. Und viele dieser Ideen werden den Weg in unser Wahlprogramm finden. Eine Auswahl an Ideen stellen wir Ihnen hier als anonymisierte Zitate vor:

„Die FDP sollte eine Rentenreform entwickeln, die den Kapitalmarkt mit einbezieht, ähnlich wie es Norwegen bereits tut. So würden alle Bürger von der weltwirtschaftlichen Entwicklung profitieren.“

Aktuell ist die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen eine der größten gesamtgesellschaftlichen

Herausforderungen, vor der wir stehen. Zugleich gibt es zahlreiche weitere Aufgaben, die wir dringend angehen müssen. Deswegen fragen wir alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach ihren wichtigsten politischen Themen. Bisher wurden die Bereiche Wirtschaft, Bildung, Demokratie und Digitalisierung am häufigsten genannt. Dieses Feedback sehen wir als Bestätigung für unser aktualisiertes Leitbild und den Kurs für die anstehenden Wahlen.

„Ein Recht auf IT-Sicherheit ohne Staatstrojaner und ein Bürgerrecht auf verschlüsselte Kommunikation.“

Am 12. April wird der Bundesvorstand den Programmentwurf als Leitantrag für den Bundesparteitag beschließen. Hierin finden sich konkrete Vorschläge aus den Impulsen von „FDP fragt“ z. B. zur Altersvorsorge,

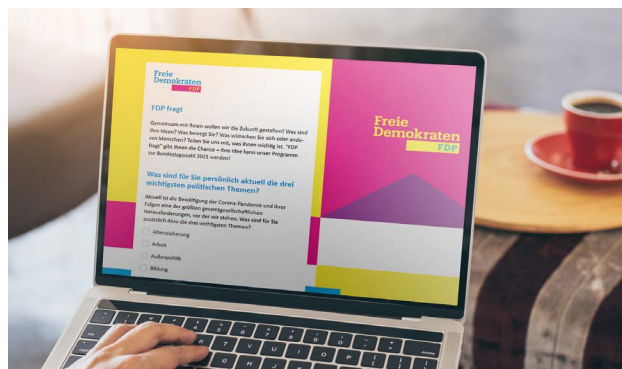


Foto: panitan - stock.adobe.com

→ **Wir fragen, Sie antworten:**
Teilen Sie uns mit, was Ihnen wichtig ist.

Wohnungspolitik, zu Selbstständigen und Hochschulpolitik.

„Selbstständige besser anerkennen. Sowohl in den Sozialgesetzbüchern als auch in anderen Bereichen. (Solo-)Selbstständige brauchen wieder Rechtssicherheit. Wir werden mal als Unternehmen, mal als eine Sonderform der Arbeitnehmer, mal als prekär, mal als superreich verortet.“


Wir Freie Demokraten hören den Menschen zu und sind offen für ihre Ideen und Vorstellungen. Deshalb entwickeln wir ein Zukunftsprogramm, das sich auch für die nächste Generation starkmacht. Wir wollen unser Land auf allen Ebenen neu gründen, besser machen und krisenfest gestalten.

„Halbtags arbeiten als Student sollte sich lohnen. Studenten wollen nebenher arbeiten und zwar mehr als auf 450-Euro-Basis, aber lohnen tut es sich darüber hinaus nicht.“

Gestalten Sie mit uns das neue Jahrzehnt! Teilen Sie uns mit, was Sie bewegt und was Ihnen wichtig ist. Ermutigen sie weitere Bürgerinnen und Bürger, dabei mitzumachen. Finden wir gemeinsam Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit. Beteiligen Sie sich unter: fdp.de/fdpfragt. ■

Die Inspiration für „FDP fragt“ lieferte der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz, Luca Lichtenthäler. Er hat gemeinsam mit FDP-Generalsekretär Dr. Volker Wissing die Plattform „FDP4U“ entwickelt, die allen die Möglichkeit bietet, die Politik der Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz mitzugestalten. Dort kann jeder teilen, was ihn bewegt und was ihm wichtig ist. Diese Idee wurde dann für den Bund adaptiert.

Anzeige



FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
LÄSST **PHYSIOTHERAPEUTIN
MONIKA** DIE MUSKELN SPIELEN.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/monika



IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER

Vielfalt weiter voranbringen: Unsere Toolbox

Vielfalt ist eine große Chance für unsere Partei. Und die wollen wir in unserer täglichen Parteiarbeit fördern: durch moderne, digitale und innovative Formate.



Daniela Schmitt
Fraktionsvorsitzende FDP Rheinland-Pfalz
und Diversity-Beauftragte der FDP

Gerade in diesen außergewöhnlichen Zeiten ist politisches Engagement besonders wichtig und zugleich herausfordernd. Unser Parteileben – insbesondere die Veranstaltungen sowie Versammlungen und Gremiensitzungen auf allen Ebenen – finden aufgrund der Corona-Pandemie im Moment überwiegend digital statt. Dabei hat sich gezeigt, dass darin auch eine Chance liegt.

Die aktuelle Situation hat vielen Mitgliedern neue Möglichkeiten eröffnet, sich einzubringen und in unserer Partei zu engagieren. Daran wollen wir anknüpfen. Gemeinsam mit den Arbeitsgruppen „Chancen durch Vielfalt“ und „Parteientwicklung“ sowie den Landesverbänden hat die Bundesgeschäftsstelle eine Toolbox mit Ideen für Formate und Aktionen und Best-Practice-Beispielen für eine moderne und vielfältige Parteiarbeit entwickelt.

Die Toolbox zeigt: Bei uns wird Vielfalt in allen Facetten intensiver mitgedacht, und Veranstaltungsangebote etwa für Neumitglieder oder die Funktionsträgerschaft werden



→ **Download unter fdp.de/vielfalt**

zu verschiedenen Tageszeiten angeboten, um die Vielfalt der Tagesabläufe stärker zu berücksichtigen.

Die Toolbox ist ein Angebot, sich inspirieren zu lassen und geeignete Maßnahmen bei Ihrer Arbeit vor Ort umzusetzen. Ein starker Fokus liegt auf der Mitgliedschaft von Frauen in der Partei insgesamt, in Führungsgremien und Funktionen. Dies ist mit Blick auf offensichtliche Diskre-

panzen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gerechtfertigt. Klar ist aber auch, dass die Anstrengungen für mehr Vielfalt über die Frage weiblicher Mitglieder und Wählerinnen hinausgehen müssen.

Die Toolbox enthält daher auch Beispiele, wie Sie ansprechende Plakate, Flyer oder Postkarten entwickeln können. Außerdem gibt es Tipps, wie man Veranstaltungszeiten und -formate variieren und wie man die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen kann. Die Bandbreite der Ideen ist groß.

Alle Anregungen aus dieser Toolbox stehen und fallen natürlich mit der Umsetzung und den Möglichkeiten vor Ort. Dabei sind Sie alle gefragt. Ihre Ideen sind der Schlüssel zum Erfolg. Ob innovative Konzepte für moderne Parteiarbeit, gelungene Vor-Ort-Kampagnen oder spannende Aktionen für mehr Vielfalt, berichten Sie uns gerne von Ihren Erfahrungen: vielfalt@fdp.de.

Machen wir gemeinsam die Idee der Freiheit groß, indem wir noch mehr Menschen für die Arbeit der Freien Demokraten begeistern. ■

6 praktische Tipps für den Perspektivwechsel



Dr. Maren Jasper-Winter
Bezirksvorsitzende FDP Berlin-Mitte
und Mitglied des Abgeordnetenhauses
von Berlin

Diversity bedeutet Vielfalt – ein Wert der uns Freien Demokraten wichtig ist und den wir in unserem politischen Handeln beherzigen. Es steckt bei genauerem Hinsehen jedoch mehr dahinter: Diversity meint den bewussten Umgang mit Vielfalt in der Gesellschaft. Es geht also darum, die Lebenswege, Sichtweisen und Hintergründe von Menschen zu erkennen und sie als Potenzial zu begreifen. Dieses Bewusstsein setzt einen Perspektivwechsel voraus: Ich muss mich in einen Menschen hineinversetzen und mich fragen, wie diejenige oder derjenige die Dinge sehen würde.

Wenn wir uns fragen, wie wir mehr Frauen für unsere Parteiarbeit gewinnen können, erfordert dies von uns den Perspektivwechsel. Fragen wir uns vor Ort im Orts-, Kreis- oder Bezirksverband regelmäßig: Wie wirkt unsere Arbeit auf Frauen? Würde ich eine Veranstaltung dieser Art meiner Frau, Schwester, Tochter, Mutter oder Kollegin empfehlen?

Ein paar von mir erprobte Tipps:

1 Perspektivwechsel geht nicht ohne Gespräch. Ich habe es mir zur Angewohnheit gemacht, möglichst viele Frauen im Verband zu fragen, ob sie sich vorstellen können sich zu engagieren. Und woran es hapert. Bei diesen Gesprächen kommen meiner Erfahrung nach immer nützliche Hinweise und Ideen heraus.

2 Bei Veranstaltungen stellt sich die Frage: Ist der Ort, die Uhrzeit, die Auswahl von Rednerinnen und Rednern gleichermaßen attraktiv für Frauen und Männer? Ich habe gute Erfahrungen damit gemacht, nicht nur den Abendtermin unter der Woche zu wählen, der für Frauen und Männer mit kleinen Kindern und erst recht für Alleinerziehende oft schlicht nicht machbar ist, sondern auch einmal am Wochenende zu tagen oder mittags einen Lunchtalk anzubieten.

3 Es kann auch jenseits klassischer Veranstaltungen interessante Formate geben, die attraktiv gerade für weibliche Mitglieder sein können. So nahm ich vor zwei Jahren beim „Women's March“ in Berlin teil mit einer Gruppe von Mitgliedern und den Jungen Liberalen. Diese Aktion fand gerade bei den weiblichen Mitgliedern große Resonanz.

4 Für verschiedene Veranstaltungen, vor allem im Rahmen meiner Abgeordnetentätigkeit, habe ich eine professionelle Kinderbetreuung angeboten. Selbst wenn diese nur von ein oder zwei Kindern genutzt wird, ist sie ein Zeichen und eine Einladung an Familien, sich zu engagieren.

5 Wenn wir möchten, dass mehr Frauen in unserer Partei aufsteigen, müssen wir letztlich gutes Personalmanagement betreiben. Das Mentoringprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist hier sehr wertvoll. Auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene sollten wir uns stärker bemühen, die Frauen aus dem Mentoringprogramm und möglichst viele weitere vor Ort zu integrieren. Dies kann durch Tandems erfolgen: Ein erfahrener Mitglied ist Ansprechpartner oder „Coach“ für ein neues Mitglied.

6 Wir sollten Frauen bei Parteitag sichtbar machen. Politik und Aufstieg in einer Partei hängen im Wesentlichen davon ab, sichtbar zu sein mit einer Position. Insofern ist es wichtig, eine gute Atmosphäre für eine stärkere Beteiligung von Frauen in Rednerrunden auf unseren Parteitagen zu sichern. Die Jungen Liberalen Berlin haben gute Erfahrungen gesammelt mit Delegiertenbesprechungen vor Versammlungen.

Den vollständigen Artikel können Sie unter fdp.de/Perspektivwechsel lesen. ■

„Das Pandemiemanagement der Bundesregierung hat mich entsetzt.“

Dr. Marco Buschmann ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion und vor allem Strategie und Kommunikator. Ein Gespräch über die Corona-Pandemie, die Masken-Affäre und die nächste Legislatur.



Nils Droste
Pressesprecher
der FDP-Fraktion

Nils Droste: Herr Buschmann, die Legislaturperiode nähert sich ihrem Ende. Was muss unbedingt noch umgesetzt werden?

Marco Buschmann: Die Große Koalition hat viele Modernisierungsprojekte liegen lassen: Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur, moderne Verwaltung und vieles mehr. Das fiel dem Land in der Pandemie nun auf die Füße. Denn mit mehr digitaler Bildung oder digitaleren Behörden wäre uns vieles leichter gefallen. All das lässt sich nicht in wenigen Monaten nachholen. Für den Rest der Legislaturperiode wäre ich schon froh, wenn die Bundesregierung das Pandemiemanagement ordentlich hinkäme. Leider geht fast alles schief: Masken kommen zu spät, Impfstoff ist

knapp und Tests sind schneller bei Aldi als beim Gesundheitsminister zu bekommen. Im Interesse des Landes kann man nur hoffen, dass sich die Große Koalition hier auf ihren letzten Metern noch zusammenreißt.

Die Masken-Affäre hat der Glaubwürdigkeit der Union und der Politik insgesamt schwer geschadet. Haben Sie die Fälle Nüßlein und Löbel überrascht?

Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass Abgeordnete die Corona-Pandemie nutzen, um sich zu bereichern. Ich finde das erschütternd. Der Schaden für die gesamte seriöse Politik ist enorm. Dieses Verhalten muss aufgeklärt und sanktioniert werden. Wenn dabei Rechtslücken

auftauchen, müssen wir sie schließen. Dringend ist nun ein Lobby-Register, das seinen Namen verdient, und konsequente Transparenzpflichten für die Nebentätigkeiten von Abgeordneten.

Die Corona-Pandemie hat diese Legislaturperiode stark geprägt. Ihre vorläufige Bilanz?

In der Krise lernt man vieles. Begeistert hat mich die persönliche Hilfs- und Opferbereitschaft, die so viele Menschen gezeigt haben, damit möglichst viele unbeschadet durch die Pandemie kommen. Entsetzt hat mich das an Staatsversagen grenzende Pandemiemanagement der Bundesregierung. Wenn wir nun den Blick nach vorne richten, heißt all das eines: Die Freien Demokraten



Foto: Julia Deplata

engagieren sich schon lange für einen modernen, digitalen und leistungsfähigen Staat. Viele haben das für Kür gehalten. Die Pandemie hat gezeigt, dass es Pflicht ist. Allein die Fax-Wirtschaft in den Gesundheitsämtern war einem modernen Land wie Deutschland nicht würdig. Wir müssen von unserem selbstgerechten hohen Ross herunter und von den besten und schnellsten Ländern der Welt lernen. Das Chaos beim Impfen, Testen und bei den Wirtschaftshilfen ist jedenfalls unverantwortlich und unentschuldig.

Ist die Corona-Politik der Bundesregierung die größte Enttäuschung? Oder gab es noch andere?

Ohne Frage gab es mehrere. Es ist mir bis heute unverständlich, warum die

Bundeskanzlerin ihre Corona-Politik nicht besser erklärt, das Parlament kaum einbezogen und ihre eigene Fraktion sich damit zufriedengegeben hat. Damit hat sie den Eindruck genährt, das Parlament spiele bei der Bekämpfung der Pandemie keine Rolle. Wenn ich mich entscheiden müsste, wäre Andreas Scheuer und seine Maut-Affäre die größte Enttäuschung. Wer als Bundesminister solche haarsträubenden Fehler macht, muss zurücktreten.

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel, heißt es im Fußball. Wagen Sie einen Vorausblick auf die nächste Legislaturperiode?

Die Bundestagswahl wird eine Richtungsentscheidung für unser Land. Meiner festen Überzeugung nach

verlangt die Zeit nach Corona nach liberalen Impulsen. Denn die politischen Aufgaben sind klar: Wir müssen den Menschen ihre Grundrechte zurückgeben. Wir müssen Deutschland fit machen für den Aufholwettbewerb der großen Volkswirtschaften. Und wir müssen das Land umfassend modernisieren, um die schlimmen Schwachstellen unserer Staatsverwaltung, die die Pandemie offengelegt hat, zu beseitigen. Keine andere Partei passt auf dieses Anforderungsprofil so gut wie die Freien Demokraten. ■

Machtclique

Wie unter einer kleinen Elite Russlands Menschenrechte auf der Strecke bleiben



Sabine
Leutheusser-Schnarrenberger
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Russlands führender Oppositionspolitiker Alexej Nawalny sitzt mittlerweile seine mehrjährige Haftstrafe im Straflager Pokrow östlich von Moskau ab. Der Anschlag auf Nawalny, der unrechtmäßige Prozess und die politische Verfolgung seiner Anhänger in den letzten Wochen haben der Welt einmal mehr gezeigt, wie der russische Staat die Geheimdienste und Justiz nutzt, um die Opposition zu unterdrücken. Das russische Regime betont sich in Gewalt ein. Die Festnahmen von Tausenden friedlichen Bürgerinnen und Bürgern sind eine Demonstration von Stärke und Schwäche zugleich. Stärke wegen des gnadenlos ausgeübten Gewaltmonopols, Schwäche, weil andere Meinungen als Gefahr und Herausforderung bewertet werden. Und vielleicht auch Angst aufgrund der erneut entfalteten Korruptionsvorwürfe von Alexej Nawalny gegen die Machtelite.

Offenkundige Menschenrechtsverletzungen

Die Europäer schauen währenddessen nur noch machtlos zu. Obwohl in der Vergangenheit der Werkzeugkasten um Sanktionen erweitert wurde, fehlt eine grundsätzliche Strategie gegenüber Russland. Eine der Ursachen dafür liegt leider in der Politik der Bundesregierung Merkel. Zu Recht kritisierte die Bundeskanzlerin immer wieder, manchmal pflichtschuldig, die offenkundigen Menschenrechtsverletzungen Russlands. Gleichzeitig wollte sie durch einen „Wandel durch Handel“ eigene Wirtschaftsinteressen mit einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in Russland verbinden, deren Symbole Nordstream 1 und Nordstream 2 wurden. Was hat es bewirkt? Das Gas fließt seit 2012 durch die ersten beiden Röhren, die Menschenrechte bleiben auf der

Strecke. Die Ermordung des Oppositionellen Nemzov, die Vergiftungen russischer Bürger im Ausland, der Mord an einem Georgier in Berlin am helllichten Tag und die Vergiftung von Alexej Nawalny, der in letzter Minute durch ein Medikament vor dem sicheren Tod gerettet werden konnte, belegen das skrupellose Vorgehen der russischen Machtelite gegen all jene, die es wagen, sie zu kritisieren. Und vor diesem Hintergrund soll Nordstream 2 in keinem Zusammenhang mit dem Anschlag auf Nawalny stehen? Eine absurde Annahme – und eine völlige Realitätsverweigerung.

Der politische Streit über die zweite Pipeline hat indes zu grotesken Situationen geführt. Die neue US-Administration Biden: dagegen. Deutschlands östliche Nachbarn: dagegen. Das Europäische Parlament: dagegen. Doch unbeirrt hält die Bundesregierung an der zweiten



Foto: Markus Spiske – unsplash.com

auf neue Sanktionen gegen Verantwortliche im Fall Nawalny geeinigt, doch bleiben die wahren Drahtzieher des Anschlags – mal wieder – verschont. Das reicht nicht aus: Visaverbote, Vermögenskonfiszierungen und die konsequentere Verfolgung von illegalen Waffen- und Geldwäscheströmen müssen endlich die Hauptverantwortlichen für die jahrelangen Brüche internationaler Konventionen treffen. Warum konnten die USA den Magnitzky Act verabschieden, während in Europa immer noch fröhlich Besitz und Wohlstand von denen angehäuft wurde, die Geschäfte trotz der Sanktionen in Russland machen?

Die Bundesregierung Merkel steht nun vor dem Scherbenhaufen ihrer Russland-Politik. Die Europäer müssen sich insgesamt neu organisieren, was nur gelingen kann, wenn die deutsche Regierung ihren Sonderweg beim Bau der Pipeline Nordstream 2 aufgibt. Innenpolitisch zeigt sich bereits, dass es innerhalb der Union unterschiedliche Auffassungen gibt. Die größte deutsche Volkspartei wird nicht einfach an dem bisherigen Kurs festhalten können. Es liegt jetzt an dem vielleicht auch künftigen Bundeskanzler Armin Laschet, die Leitlinien der Russland-Politik neu zu definieren. So wie sich Angela Merkel damals politisch emanzipierte, so muss sich die Union außenpolitisch von dem durch Gerhard Schröder geprägten deutsch-russischen Sonderweg los-sagen. Die Europäer müssen alles Erdenkliche unternehmen, damit Nawalny und die festgenommenen Demonstranten freikommen. ■

Pipeline fest. Der Scherbenhaufen wird derweil immer größer.

Dies gilt in ähnlichem Maße für den Konflikt in der Ostukraine: Nach dem Einmarsch russischer Truppen wurden Sanktionen verhängt, der Versuch Russlands, die Ukraine zu spalten, ist zu einer Zermürbungspolitik an einer willkürlich gezogenen Grenze verkommen. Aus der öffentlichen Wahrnehmung ist dieser Konflikt, der viele Menschen das Leben gekostet hat, schon fast verschwunden. Diese Entwicklung ist auch eine Folge der ausbleibenden europäischen Antworten auf die Frage, wie die Europäer all jene Staaten, die zwischen der EU und Russland liegen, wirtschafts- und sicherheitspolitisch einbinden können. Stattdessen hat man zugesehen, wie Putin seine Interessensphäre unter Verletzung elementarer Völkerrechtsregeln immer weiter ausdehnt.

Die Verantwortlichen bestrafen

Der wirtschaftliche Wandel in Russland kommt, und das ist eine der Hauptunterschiede zu den Siebzigerjahren, einer kleptokratischen Clique zugute. Die Enteignung von Yukos, der Bruch mit internationalem Recht, die Ermordung von Dissidenten und der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine geschehen auch mit dem Willen halbstaatlicher Profiteure der russischen Regierungspolitik. Will man die oberste Regierungskaste empfindlich treffen, reicht es nicht, einfache Polizisten und Agenten auf europäische Sanktionslisten zu setzen. Es ist eine Clique, die das staatliche System stützt und deren Akteure gezielt ins Visier genommen werden müssen, wie es mit dem Magnitzky Act beabsichtigt ist. Zwar haben sich die EU-Außenminister zuletzt

DER NEUE NEWSLETTER DER FDP-FRAKTION

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag informiert jetzt auch mit dem neuen Newsletter Tagesordnung über ihre parlamentarische Arbeit. Abonnieren Sie ihn gleich, um jeden Mittwochmorgen das Wesentliche aus der Fraktion zu erfahren. Weisen Sie auch gerne Interessenten in Ihrem Umfeld darauf hin.

Erfahren Sie mehr unter fdpbt.de/newsletter



Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag **FDP**